

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

169 (10.4.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitens größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Verlag von Ferd. Schönbach
Chefredakteur: Albert Grogg
Verantwortlich für allem. Inhalt
und Redaktion: Anton Kuboth, Bad.
Zahl. u. Verh. d. Gedruckt. Bad.
Gronit u. Sport: H. Schönbach,
für den Anzeigenteil: H. Schönbach,
pächter, sämtl. in Karlsruhe i. B.
Berliner Vertretung: Berlin W 10.

Anzeigen.
Die achttägige Grundgebühr 30 Wfr.
Die Restzahlung 150 Wfr. Reklamen
an erster Stelle 175 Wfr. die Seite,
außerdem 30% Feuerungsbeitrag.
Für Platzveränderungen und Tag der
Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden.
Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der
bei Nichtzahlung des Preises, bei per-
sonlichen u. sonstigen außer Kraft tritt.

Bezugs-Preise:
Kassa, A ohne Anst. 1.50 1.20
Kassa, B mit Anst. 1.60 1.20
In Karlsruhe: monatlich 1.50 1.20
Im Verlage und in
den Filialstellen ab-
geschl. 1.50 1.20
Post ins Haus geliefert 1.60 1.20
Abnahme: bei Abho-
lung am Postamt 1.57 1.20
Durch den Briefträger
täglich ins Haus 1.61 1.20
Einzelnummer 10 Wfr.
Geschäftsstelle:
Stiel- und Anstalt-Gde. nach
Karlsruhe und Karlsruhe.
Verlags-Bez.: Karlsruhe Nr. 3359.

Nr. 169. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 10. April 1919. Telefon: Redaktion Nr. 309. 35. Jahrgang.

Volksabstimmung am 13. April.

Am Sonntag, den 13. April, stimmt das badische Volk über die Verfassung und die Fortdauer der Reichsversammlung als badischer Landtag ab. Kein Stimmberechtigter wird der Abstimmung fernbleiben.

Die Räterepublik München.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 9. April. Das Budapest Beispiel, das seinerseits eine Nachahmung war, hat auf deutschem Boden seine Wiederholung gefunden. München ist Räterepublik. München: denn der Anspruch der neuen Volksbeauftragten, über das frühere Königreich Bayern zu herrschen, steht einflusslos nur auf dem Papier ihrer Aufzettelung. Die sozialistische Regierung ist nicht zurückgetreten und leistet den Widerstand von fränkischen Norden her. Wie weit das Bayerische Bauerntum geneigt ist, auch nur einzuweichen, das kommunistische Monteur der Hauptstadt mitzumachen, steht dahin. Zudem haben auch noch Reichsregierung und Nationalversammlung sowie die Auslandsverhältnisse ein Wort bei der Sache zu reden.

Sanheite es sich somit nur um den besonderen Ausdruck, den die lokalen Bestrebungen in München angenommen haben, so dürfte man zwar auch das nicht leicht nehmen, müßte aber den Wehrheitslogischen des Reiches Recht geben, wenn sie von keinem Zugeständnis irgendwelcher Art an die Schwabinger Diktatur etwas wissen wollen. In ihren sinnfälligen Erscheinungen, das läßt sich nicht leugnen, ist die Münchener Umwälzung eine groteske, Rassenanarchisten verdrängen ihre unumschränkte Herrschaft über ein fruchtbares Volk, über die am ersten Tage Lenin und Scheidemann Gesetze von jeder nicht mehr harmloser Kindlichkeit aus. Alle Vermögen von mehr als 10 000 Mk. gehören dem Staat. Was kann einfacher sein? Man fragt sich, wie diese Leute sich ein Vermögen eigentlich vorstellen. Übernimmt der Staat bis morgen früh alle Betriebe? Bewirtschaftet er das Land? Trifft er in alle Rechte unter den alten Verfassungen ein? Die Presse wird „sozialisiert“. Die „Bürokratie“ wird „ausgerottet“. Eine Rote Armee ist unverzüglich zu bilden, und über den Schatz der Reichsregierung Revolutionen zu führen.

Die Münchener Diktatur beginnt also da, wo sonst Revolutionen auf der letzten Stufe ihrer Entfaltung enden: beim Tribünenrepublikanismus. Dennoch wäre es verhängnisvoll, den Gedanken, in dessen Namen die Münchener „Volksbeauftragten“ vorgehen, mit der Art dieses Vorgehens selbst zu verwechseln. Rätepolitik und Bolschewismus sind nicht das Gleiche; und das Schwabinger Diktatorat ist — noch nicht einmal Bolschewismus. Der Rätegedanke ist in das deutsche Volk hineingewachsen und ist, wie man über seine innere Berechtigung leicht denken mag, heute wahrscheinlich die Rettung des Sozialismus und der Demokratie. Die Reichsregierung hat das auch zugegeben, indem sie, statt durch eigene Gedanken und Anschuldigungen die Opposition zu entkräften, dem Räteystem Zugeständnisse machte. Dabei versuchte sie, die Räte auf das Gebiet rein wirtschaftlicher Betätigung einzuschränken; es scheint aber gewiß, daß es bei diesem Zugeständnis nicht wird bleiben können. Die Teilnahme der Räte an der Volksgewalt wird die wirtschaftlichen Fragen zum Gegenstand haben; die Art dieser Teilnahme aber wird eine politische sein müssen. Ein solcher Ausbau der wirtschaftlichen Massenverantwortlichkeit bedroht neben dem Sozialismus noch die Demokratie, und dem Bolschewismus, in dessen ruhiger Form, ist er schmerzhaft entgegengesetzt. Die Leute, die sich heute in München für die Träger einer Volks- und Weltbewegung halten, wird man mit fester Entschlossenheit bekämpfen müssen. Die Bewegung selbst soll man — gegen den Bolschewismus nutzbar machen.

Die Vorgänge in München.

München, 9. April. Dienstag nachmittag wurden Zettel in den Straßen verteilt, worin mitgeteilt wurde, daß der Bürgerkrieg infolge von Maßnahmen des provisorischen Zentralrates sofort abzubrechen ist.

Die Abschätzung Münchens.

München, 10. April. (Privattelegraph.) Gestern abend wurden über München von fliegern Flugblätter abgeworfen mit der Mitteilung, daß München halb von dem übrigen Bayern abgetrennt werden solle. Auch die Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr werde ausbleiben. Eine Wasserdemonstration sei gegen die Hauptstadt beabsichtigt und es werde nicht lange dauern, bis München kapitulieren werde.

Zunächst sollte es sich schon bald heraus, daß die telephonischen und telegraphischen Verbindungen mit Nürnberg, mit Frankfurt und Berlin, kurz auf allen Hauptstrecken zum Norden unterbrochen ist. Teilweise ist auch der Bahn- und Postverkehr unterbrochen. Wie verhalten, ist der bayerische Volksbeauftragte des Verkehrsministeriums, um eine Kommission ins Ruhrgebiet unterwegs gewesen, um die Streitenden dort über die Lage der Räterepublik aufzuklären. Diese Abordnung soll in Nürnberg verhaftet worden sein.

Karlsruhe, 10. April. Die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen gibt bekannt: „Wegen Streiks in Bayern sind die Übergänge Nordlingen-Crailsheim-Würzburg-Weinheim und Miltenberg für den gesamten Personen-, Gepäck- und Güterverkehr nach, von und durch Bayern gesperrt. Die Personenzüge der Odenwaldbahn verkehren bis und von Heilbrunn. Die Schnellzüge 37 und 38 Mannheim-Weimar werden nur bis und ab Raiba geführt.“

Maßnahmen der Regierung Hoffmann.
Bamberg, 10. April. Die dem „S. L. A.“ von hier beordert wird, hat die bayerische Regierung Flugzeuge von hier aus in Richtung nach München und Augsburg abgefliegen. Durch sie werden Hunderttausende von Flugblättern, die einen

Aufruf der Regierung enthalten, verbreitet. Ueber den Zusammentritt des Landtages ist bis jetzt noch nichts bekannt.

Kämpfe in Würzburg.

Bamberg, 10. April. (Privattelegraph.) In Würzburg haben die Kommunisten den Bürgermeister und andere als Geiseln verhaftet. Gestern haben regierungstreue Truppen den Bahnhof gestürmt. Die Marienburg und das Schloß wurde von der Artillerie beschoßen, worauf sehr schnell die weiße Fahne gehißt wurde.

Dr. Heim gegen die Räterepublik.

Weimar, 10. April. Der bayerische Zentrumsabgeordnete Dr. Georg Heim veröffentlicht einen Aufruf an die bayerischen Bauern, in dem er im Namen von vier Millionen Bauern gegen den Eingriff der neuen Räterepublik in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaft und Darlehenskasse Einspruch erhebt. Er habe aus Gründen der Menschlichkeit gegen die Aufforderung der Bauern zum Ernährungstreik Stellung genommen, sei aber überzeugt, daß die Maßnahmen der Räterepublik auf die Bauern aufreizend wirken werden. Dr. Heim erklärte, besonders scharf Protest erheben zu müssen, weil die Leute, die jetzt in München als Minister auftreten, fast reines keine Bayern seien. Man werde nicht dulden, daß das norddeutsche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Bayerns der Willkür landfremder, verständnisloser Leute zum Opfer falle.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 9. April. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats für 1919.

Finanzminister Schiffer: Es ist eine unaufrichtige Aufgabe in dieser Zeit großer politischer Ereignisse und aufregender Vorgänge, die Aufmerksamkeit auf das trodene Gebiet der Zahlen zu lenken. Es kann aber keine Politik getrieben werden, die nicht auf metallischer Grundlage beruht. Der Etat, den ich Ihnen vorlege, ist der erste Schritt zum Friedensetat, auch insofern, als der wesentliche Teil des ordentlichen Etats auf Schätzungen beruht. Daß ich für diese Schätzung mit Rücksicht auf die Unsicherheit der Grundlage eine Verantwortung vorläufig nicht übernehmen kann, liegt auf der Hand. Die Ausgaben für Militär, Marine und Schatzgebiete müssen einzuweisen noch auf den außerordentlichen Etat übernommen werden. Die Summe der Schatzanweisungen ist seit dem 31. 1. 19 um 58,8 auf 63,7 Milliarden gestiegen. Die Ausgaben für Heer und Marine, die im Januar noch 3,5 Milliarden betragen, sind im Februar auf 2,7 und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Der Etat balanciert mit rund 13 Milliarden. Der Defizitbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden. Dabei ist dieser Etat nur ein Durchgangsetat, dem noch schlimmere folgen, denn in ihm sind noch nicht enthalten die Entschädigungen, die wir an die Entente zahlen müssen und auch nicht die Kosten, die wir durch die von uns gewünschte Verbindung mit Deutschland zu uns nehmen müssen. Der allgemeine Pensionsfonds ist mit 1,1 Milliarden Mark veranschlagt, wir werden aber zu einem Pensionsfonds von 4,1 Milliarden kommen. Die Denkschrift über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der Kriegszeit hat in der Öffentlichkeit viel zu wenig Beachtung gefunden. Sie zeigt uns den ganzen Ernst der Lage. Die Selbstbeträge der Kriegsjahre haben wir nicht gedeckt durch Differenzarten, sondern aus den Erträgen der Kriegsteuern, die an sich nicht dazu, sondern zur Abtragung der Kriegsschuld bestimmt waren. Die Steigerung der Ausgaben ist natürlich auch durch die allgemeine Wertverminderung des Geldes veranlaßt. Umso mehr müssen wir das Gebot der Sparlichkeit berücksichtigen. Im allgemeinen ist das Drängen nach Ausgaben vom Parlament viel stärker gewesen als von der Regierung. Das natürliche Verhältnis aber ist, daß die Volksvertretung den Damm auf den Beutel hält. Eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes ist in Vorbereitung. Wir haben deshalb 1,6 Milliarden Mark für Teuerungszulagen an Beamte eingelegt. Wir konnten diese Hilfe den Beamten umso weniger versagen, als wir gerade in dem tüchtigsten und unbestechlichsten, arbeitsamen und genügsamen deutschen Beamtentum ein kostliches Erbe aus der Vergangenheit haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Es erhebt sich die Frage, wie wir bei einem Anhalten der Preissteigerungen die berechtigten Wünsche der Beamten befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unseren Finanzen zu kommen. Da gibt es nur ein Mittel: Die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden. Auf der anderen Seite wird es die Sozialisierung mit sich bringen, daß wir die Zahl der Beamten erheblich vermehren müssen. Da muß ein offenes Wort gesprochen werden: Auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden können, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden leiden soll. Dinge, die nunmehr einmal den freien Berufen überlassen sind, können auch durch den tüchtigsten Durchschnittsbeamten nicht übernommen werden. Die Gefahr einer solchen Bürokratisierung droht vielleicht auch auf dem Gebiete der Presse. Wir haben im Auswärtigen Amt zwei Posten für den Pressedienst eingelegt und wir wollen damit nur alte Verhältnisse gutmachen, aber das Übermaß von Presseorganisation, an dem wir gegenwärtig in der Verwaltung leiden, muß freilich auch wieder abgebaut werden. Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für einzelne Parteien getrieben wird, so muß ich das namens der ganzen Regierung als durchaus tadelnswert bezeichnen. Gegen solche Mißgriffe wird mit Entschiedenheit vorgegangen.

Der Etat enthält auch eine Position zur Durchführung von Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung nach dem Auslande, denn die Zustände, die auf diesem Gebiete sich herausgebildet haben, sind so lächerlich, daß noch viel einschneidendere Maßnahmen nötig sind. Im Mittelpunkt des Etats stehen die Steuern, die mit einem Gesamtertrag von 7 Milliarden eingelegt sind. Es ist allerdings, wie in mir fortgesetzt zugehenden allerhand Vorschlägen getaten wird, nicht möglich, die Reichsfinanzen durch Errichtung öffentlicher Spielhöllen aufzuheben. Meine Absicht, ihnen alle steuerlichen Maßnahmen auf einmal vorzulegen, hat sich als nicht durchführbar erwiesen. Auf das Einnahmehem mit den Einzelstaaten auf diesem Gebiete lege ich den allergrößten Wert und habe diesen Gedanken z. B. in dem Abkommen über das württembergische Biersteuererbschaft auch bereits Opfer gebracht. Hier erhebt sich nun die Frage, ob unser Volk die gewaltigen

Steuerlasten überhaupt tragen können. Ich bin fest überzeugt, daß unser Volk dazu in der Lage ist, wenn diese Steuerlast vermindert ist mit einer Senkung der Preise. Wenn diese Senkung nicht erfolgt, dann wird allerdings die Finanzierung des Reiches nicht auf die Dauer möglich sein. Die Preise können daher nur gesenkt werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen arbeiten.

Als Leiter der Finanzverwaltung richte ich daher an die Gesamtheit unseres Volkes die Aufforderung, zu den Gewohnheiten und Tugenden unseres Volkes zurückzukehren. Arbeitslust und Arbeitskraft muß neu belebt werden, und wir müssen von dem organisierten Wahnsinn der Gegenwart ablassen. Auch dann wird das Werk der Ordnung unserer Finanzen noch ungeheuer schwer sein. Alle Kräfte müssen zu diesem Zwecke zusammenstehen. Das große Reformwerk kann nach Lage der Dinge nur von der Regierungsmehrheit geschaffen werden, aber ich lege Wert auf die Mitarbeit aller Parteien, selbst wenn sie sich in Form einer scharfen Kritik äußert. Das große Werk, das vom Volke getragen werden wird, muß aus der Mitarbeit des ganzen Volkes herauswachsen. (Lebhafte Beifall.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 10 1/2 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Der zweite Rätekongreß.

Berlin, 9. April. Von hier wird gemeldet: Dem Rätekongreß ist folgender Brief des Justizministers zugegangen: Die Haftentlassung des Schriftstellers Georg Ledebour kann nur das Gericht anordnen. Von einer Weitergabe des Antrages an das Immunität Ledebours in Frage kommt, die aber nach Lage der Verhältnisse nicht als begründet anerkannt werden kann.

Die Soldatenfraktion des Rätekongresses hat einen Antrag eingebracht auf sofortige Haftentlassung des verhafteten Vorsitzenden des Soldatenrates der Magdeburger Garnison, Brandes, und der mit ihm verhafteten Mitglieder des Korps Soldatenrates des 4. Armeekorps. Soles-Gottha (H. S.) geht in in längeren Ausführungen auf den Fall Brandes ein.

Auf Antrag Rosenfeld wurde sodann eine Kommission gewählt, die sich sofort zum Reichswehrminister Roske begeben soll, um das gesamte Material zu übergeben und ihn zu ersuchen, die Angelegenheit schleunigst zu prüfen.

Cohen-Kauf brachte für den Zentralrat folgende Resolution ein: Der zweite Rätekongreß appelliert an die streikenden Ruhrbergleute, unter allen Umständen die Rostandarbeiten auszuführen, damit das deutsche Volk von dem Unglück verschont wird, das jetzt bei einem Erlaß der Schächte eintreten würde. Damit, erklärte Cohen, enthalten wir uns jeder Parteinahme für oder gegen die Forderungen der Bergarbeiter, aber bedauern Sie, welche Folgen es hat, wenn selbst Besensmittelschiffe der Entente jetzt ohne Bankrott zurückfahren sollen.

Im Namen der mehrheitssozialdemokratischen Fraktion erklärte Kalkki: Wir stehen der vom Zentralrat vorgeschlagenen Resolution sympathisch gegenüber und stimmen ihr zu. Eine Bergarbeiterstreik, die die Kohlenmärkte erschaffen läßt, erfüllt die deutsche Revolution. (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution Cohen wurde angenommen, ebenso folgender Zusatzantrag der Sozialdemokraten: Von der Reichsregierung wird erwartet, daß sie die berechtigten Forderungen der Ruhrbergarbeiter erfüllt.

Vorher hatte Reichsernährungsminister Schmidt mitgeteilt, daß der Arbeitsminister Baume sich gestern in das Einzelgespräch zu Verhandlungen begeben habe. Der Minister beschwor mit erhobener Stimme den Kongreß, sich zu der Erkenntnis durchzurufen, daß eine so mühevolle Verhütung und die brutale Unterdrückung des geliebten deutschen Wirtschaftslebens, wie sie jetzt im Ruhrgebiet betrieben werde, auf das allerhöchste verurteilt werden müsse. Der Kongreß müsse gegen diesen Terror einer kleinen Räte entschieden Stellung nehmen. Alle Bemühungen der Regierung seien erfolglos geblieben. Man sei zum Gas und Wasserstreik übergegangen und richte damit die ganze Bevölkerung, auch die deutsche Arbeiterklasse, zugrunde. Wenn ein Streit den andern ablöse, gebe das ganze deutsche Wirtschaftsleben zugrunde. Bei Annahme des Antrages Cohen und während der Rede des Ministers veranfaßten die unabhängigen Sozialdemokraten wütende Äußerungen.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Ein Ultimatum Wilsons?

Amsterdam, 9. April. Einer Radiomeldung aus New York zufolge meiden alle New Yorker Blätter, daß eine Arie in der Friedenskonferenz eingetrickt ist, daß Präsident Wilson direkt oder indirekt ein Ultimatum überreicht und erklärt habe, daß er keine Konzessionen mehr machen werde. Die Anforderung des „George Washington“ wird als endgültige Drohung ausgelegt, daß der Präsident sich zurückziehen werde, wenn die Konferenz auf einem toten Punkt anlangt.

Dem „New York Herald“ zufolge ist in den letzten Beratungen des Rates der Vier eine sehr große Spannung entstanden. Eine der verantwortlichsten, mit Wilson assoziierten Persönlichkeiten erklärte, er würde nicht erstaunt sein, wenn die amerikanische Teilnahme an der Friedenskonferenz ein vorzeitiges Ende nehme.

Wilson noch in Paris.

Genf, 10. April. (Privattelegraph.) Präsident Wilson hat seine Heimfahrt infolge der Anwesenheit des amerikanischen Kriegsministers Baker und des neu ernannten amerikanischen Botschafters in Paris verschoben.

Die Uneinigkeit der Alliierten.

Lugano, 10. April. (Privattelegraph.) Nach einer Meldung der „Epoca“ haben die italienischen Minister Orlando und Salandra Paris plötzlich verlassen, weil der Pariser Rat angeblich wegen der Osterferien die Sitzung unterbrechen werde. In eingeweihten Kreisen wird jedoch behauptet, daß die plötzliche Abreise der Minister darauf zurückzuführen sei, daß keinerlei Aussicht bestand, eine Einigung über die schwebenden Fragen unter den Alliierten zu schaffen.

Die Finanzverhandlungen.

Berlin, 9. April. Die Verhandlungen der deutschen Finanzdelegation im Schloß de Billeter mit den Finanzdelegationen alliierter und assoziierten Regierungen haben sich weiterhin auf

technische Fragen beschränkt. Erörtert wurden bislang die Bewertung der von der deutschen Regierung beschlagnahmten ausländischen Wertpapiere, die Regelung der schwebenden, teilweise fälligen Salutarverpflichtungen Deutschlands gegenüber dem neutralen Ausland, die Hinterlegung weiteren Goldes für die Zwecke der Lebensmittelfuhr und die Bewertung größerer deutscher Auslandsunternehmungen.

Den alliierten und assoziierten Regierungen wurde der deutsche Standpunkt über die Regelung der deutschen Ausfuhr und das System der schwarzen Listen wiederholt im einzelnen dargelegt. Die Verhandlungen werden voraussichtlich nicht vor Ende dieser Woche wieder aufgenommen, da der Oberste Wirtschaftsrat in Paris Stellung zu den verschiedenen Fragen nehmen muß und die alliierten und assoziierten Finanzdelegationen außerdem in dieser Woche stark durch ihre Tätigkeit bei den Friedensvorbereitungen in Anspruch genommen sind. Demgemäß sind 2 Mitglieder der deutschen Delegation zur mündlichen Berichterstattung zurückgereist, um im Laufe der Woche wieder nach Schloß Belleville zurückzukehren.

Deutschland und der Völkerbund.

o Basel, 10. April. (Privattele.) Wie die „Inf.“ aus Paris erfahren haben will, ist die bisherige hartnäckige Weigerung der Entente, Deutschland ebenfalls im Völkerbunde aufzunehmen, nunmehr beseitigt. Sowohl England, als auch Frankreich teilen jetzt die amerikanische Auffassung, daß Deutschland unbedingt ein gleichberechtigtes Mitglied im Völkerbunde sein muß.

Englisch-brasilianischer Handelsvertrag.

r. Washington, 9. April. (Durch Funkspruch.) Wie hier offiziell bekannt wird, hat England einen Handelsvertrag mit Brasilien abgeschlossen.

Vom Schauplatz des Bolschewismus.

Odessa von den Bolschewisten besetzt.

= Berlin, 9. April. Nach einer dem „B. L.“ zufolge in Zürich eingegangenen russischen Meldung ist Odessa von den Sowjettruppen besetzt worden.

WB. Paris, 9. April. Reuter. Die Räumung von Odessa durch die Alliierten wird bestätigt.

Die Finnen gegen die Bolschewisten.

= Kopenhagen, 10. April. Von hiesiger authentischer finnischer Seite wird die Meldung über die bevorstehende kriegerische Verwicklung zwischen Finnland und Rußland bestätigt und erklärt, daß ein Vorstoß gegen die Bolschewisten geplant sei. Bezweckt werde damit, teils englischen Truppen an der Kurmanfüste Hilfe zu bringen, teils in Ostkaralien Ordnung zu schaffen, wo verzweifelte Zustände herrschten und Tausende von Einwohnern an die finnische Grenze geflüchtet seien. Das finnische Heer bestehe aus 20 000 Mann. Man hoffe aber auf reichlichen Zugang von Freiwilligen. (B. L.-A.)

Die Entente und Ungarn.

= Wien, 9. April. Wie in hiesigen neutralen Kreisen bekannt wird, ist die Mission des Generals Smuts in Budapest gescheitert. General Smuts hatte die Absicht, in Budapest länger Aufenthalt zu nehmen, um die Verhandlungen zu führen, ist aber bereits nach 3-tägiger Anwesenheit, ohne daß es zu einer Fortsetzung der Verhandlungen gekommen wäre, abgereist. (B. L.)

Irland unabhängige Republik.

D. Lugano, 10. April. (Privattele.) Nach einer Londoner Drahtmeldung des „Secolo“ kehrt die Proklamation einer unabhängigen Republik Irlands mit dem Einflußführer De Valera als Präsident bevor. Der Journalist Grossmith ist als Minister des Äußeren anserchen.

Die Geschehnisse im Reich.

Rücktritt der Sozialisierungskommission.

WB. Berlin, 9. April. Die Sozialisierungskommission hat in einem längeren Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Wissell, unterzeichnet von ihrem Vorsitzenden Kaustsch, ihr Amt niedergelegt, da sie aus verschiedenen Vorkommnissen der letzten Wochen die Ueberzeugung geschöpft habe, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Regierung unter dem gegenwärtigen System nicht möglich sei.

Die Streikbewegung.

Der Bankbeamtenstreik.

= Berlin, 9. April. Da es nach der „B. Z.“ der dringende Wunsch der Regierung ist, den für unsere Volkswirtschaft so außerordentlich schädlichen Bankbeamtenstreik so schnell wie möglich zu beenden, haben schon heute vormittag vor dem Reichsarbeitsamt Verhandlungen mit den Streikenden begonnen.

Der Schatten.

Man von Elise Stieler-Marshall. Gefährliche Formel für den Schutz des Anhalts in den Vereinigten Staaten von Amerika: Copyright 1918 by Grethlein & Co., G. m. b. H., Leipzig. (8. Fortsetzung.)

Hans Glas und Peter fuhren in Leipzig ein. Die Stadt zeigte ihnen ihre Rückseite, öde, verrückte Höfe, Hinterhäuser mit glatten, grauen und düsteren Mauern. Es war in zettiger Morgenstunde und aus den vielen Schlafzimmern schauten Kinder in Hemdlein und Frauen, die sich die Haare einflochten, auf den vorüberbraufenden Zug.

Hans Glas stand im Abteil und trommelte einen Marsch an die Scheiben, den er mit fröhlichem Pfeifen begleitete. Er war in denkbare rosiger Laune.

„Weiß der Daus, warum...“ sagte er, „... aber immer wenn ich nach Leipzig komme, laßt mir das Herz.“

„Es ist doch grad keine so lustige Stadt.“

„Im Gegenteil, nein, eher eine ernsthafte Stadt. Sozial Weisheit, sozial Streben, soziale Bücher, sozial ernste, gediegene Kunst. Vielleicht ist's gerade, weil mir das immer so mächtig hier auffällt und imponiert, daß ich so gern einmal ein paar Tage mit dazugehöre. Und sozial Korrektheit, weißt du. Was zum Beispiel sind allein im und um das Gewandhaus für vornehme, edle Geister. Wenn man einmal einen Abend zwischen denen verbringen darf und sogar noch von ihnen gefeiert wird, auf eine so feine Weise, die man wo anders nicht kennt, dann fühlt man sich auf der Höhe des Lebens.“

„Und dann ist da auch eine Lipsia...“ spöttelte Peter.

„Und dann ist da auch eine Lipsia“, bestätigte Hans ernst, „die ein Gedeihen ist, ein ganzer Kreis, die du mir nicht mit diesen Merkmalen für meine kleinen Weiberchen bezeichnen darfst. Eleonore hat einen Ehrenplatz in meinem Herzen...“

handlungen mit den Streikenden begonnen. Die Streikforderungen sind im wesentlichen reichsarbeitsamtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, Mißbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses, Lohnsätze für kaufmänn., technische und sonstige Angestellte mit hoher Bildung, siebenstündige Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden und Regelung des Urlaubs usw. Diese Forderungen laufen also auf die Erzielung einer einseitigen Regelung des Arbeitsverhältnisses aller Beschäftigten hinaus.

Die Dinge in Magdeburg.

= Berlin, 10. April. Laut Meldung des „Vol.-Anz.“ aus Magdeburg hat die dortige Streikleitung beschlossen, im Hinblick auf die veränderten Machtverhältnisse die Streikenden aufzufordern, heute früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Generalkonferenz in Magdeburg ist damit vorläufig beendet. Eine starkbesuchte Funktionärsitzung beschloß gestern ebenfalls, die Parteigenossen zu ersuchen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen und in der Arbeiterschaft für eine geschlossene Wiederaufnahme der Arbeit zu wirken.

= Magdeburg, 9. April. Privatmeldung. General Märker ist eingetroffen und hat nur geringen Widerstand gefunden. In der Nacht wurde ein Angriff auf die Zitadelle ebenso wie auf die „Volkstimme“ abgeblasen.

WB. Magdeburg, 9. April. 12 Uhr mittags. Die Truppen des Generals Märker besetzten sofort nach Eintreffen die wichtigsten öffentlichen Gebäude. Vormittags 10 Uhr kam es in der Umgebung des Hauptpostamtes zu einem heftigen Maschinengewehrfeuer, worauf sich die Menge zerstreute. Es gab einige Tote und Verwundete. Zur Zeit herrscht Ruhe. Ein Befehl des Korps Märker verbietet den Aufenthalt auf der Straße von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Die öffentlichen Lokale schließen um 10 Uhr abends.

WB. Magdeburg, 9. April. General Märker hat den Gewerkschaftssekretär Krüger zum Polizeipräsidenten ernannt und die Auflösung des Nachtregiments verfügt, dessen Mannschaften an den letzten Plünderungen stark beteiligt waren. Auch die Bürgerwehr wird aufgelöst und dafür eine Einwohnerverschutz aus der Bevölkerung gebildet. Eine Verammlung der Streikenden hat heute nachmittag beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Personen verhaftet, darunter viele Matrosen.

WB. Magdeburg, 10. April. Nach einer Feststellung des Landjägerkorps belaufen sich die Verluste der Zivilbevölkerung bei dem Zusammenstoß am Mittwoch auf 9 Tote, darunter eine Frau, 33 Verwundete, die Aufnahme in den Krankenhäusern und Lazaretten gefunden haben.

Neue Verwirrung in Braunschweig.

= Braunschweig, 9. April. Der „Berl. Vol.-Anz.“ meldet von hier: Bei der ersten Massenversammlung auf dem Flugplatz bezeichnete der frühere Präsident Werges die Verbrüderung mit der russischen Sowjetregierung als einzige Rettung Deutschlands und forderte unter dem Beifall der Versammlung die Räterepublik Braunschweig zur sofortigen Verbindung mit den Räterepubliken Rußland, Ungarn und Bayern auf, gänzliche Beseitigung des Militarismus und Kapitalismus in der ganzen Welt, Absetzung der Regierung Ebert-Scheidemann usw. Der Landtag hat seine heutige Sitzung abgebrochen und sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Heute nachmittag wird der neugewählte Landesparlamentarier Rat als einzige souveräne Macht in Braunschweig ausgerufen.

WB. Braunschweig, 8. April. Auf Beschluß des Aktionsausschusses der Betriebsausschüsse und der Vertrauensmänner der Arbeiter ist heute vormittag die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs in den politischen Generalstreik eingetreten. Es geht dem Kampf gegen den Kapitalismus und den Militarismus und für die Rettung der Revolution. Sämtliche öffentlichen Gebäude bis auf die Lebensmittelgeschäfte sind geschlossen zu halten. Nach 8 Uhr abends darf niemand mehr ohne Ausweis des revolutionären Aktionsausschusses auf der Straße sein, ausgenommen Ärzte usw. Vor den Banken sind Volkswehrposten aufgestellt. Auch der Eisenbahnverkehr ist vollkommen stillgelegt.

WB. Helmstedt (Braunschw.), 9. April. Heute abend wurde in einer großen Volksversammlung der Generalstreik proklamiert, der morgen einsehen wird.

Die Essener Konferenz.

WB. Essen, 10. April. Eine Konferenz von Vertretern der Bergarbeiterverbände und Vertretern des Zechenverbandes lagte gestern unter dem Vorherrsche des Reichsarbeitsministers Bauer und unter Teilnahme des Reichskommissars Severing sowie von Vertretern des preussischen Handelsministeriums im Rathause zu Essen, um zu der durch den Generalkonferenz am Vortage eingeleiteten Prüfung zu dem Ergebnis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Grubenarbeiter auf sechs Stunden im Interesse unserer Volkswirtschaft zur Zeit unmöglich ist.

Auf dringende Vorstellung der Vertreter der Bergarbeiterverbände, die der Meinung Ausdruck gaben, daß ein Entgegenkommen in bezug auf die Arbeitszeit angesichts der schlechten Ernährungsverhältnisse unbedingt notwendig sei, haben die Vertreter des Zechenverbandes auf Einwirkung des Reichsarbeitsministers, sich bereit erklärt.

klart, die 7-Stunden-Arbeit auf die unter Tage beschäftigten Arbeiter einschließlich Ein- und Ausfahrt zu bewilligen. Durch diese Verkürzung der Arbeitszeit sind die deutschen Bergarbeiter bessergestellt als die englischen.

Die Arbeitszeit der Arbeiter über Tage bleibt unverändert. Die Frage, ob eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Bergarbeiter sich ermöglichen lasse, soll einer Kommission unterzogen werden, die festzustellen haben wird, ob eine weitere Verkürzung mit Rücksicht auf unsere Volkswirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkte durchführbar ist.

Verhaftungen in Essen.

WB. Essen, 10. April. Die Mitglieder der Reuekommission waren zu Verhandlungen mit dem Reichskommissar eingeladen worden, hatten aber dieser Einladung nicht Folge geleistet. Am späten Abend wurden gestern die Mitglieder der genannten Kommission, soweit sie sich hier befinden, von Truppen des Reichsarbeitsamtes auf Antrage der Reichsregierung verhaftet. Nach der Verhaftung wurden Regierungstruppen von Zivilisten angegriffen, sodaß sich in der Höhe des Hauptbahnhofes eine Schießerei entwickelte. Die Angreifer wurden zerstreut. Kurze Zeit nachher wurden in der Nähe des Burgplatzes aus einem Hause Handgranaten auf die Truppen geworfen, wobei 2 Zivilisten verwundet wurden. Gestern nachmittag wurde auch der Herausgeber des „Spartakus“, Cyprian verhaftet.

Neue Unruhen in Düsseldorf.

WB. Düsseldorf, 9. April. Im Laufe des Vormittags ist es zu ersten Ausdehnungen gekommen. In mehreren Stellen wurden kleinere Abteilungen Regierungstruppen der Straße überfallen und gewaltsam entwaffnet. Auf dem Hindenburgwall unternahm bewaffnete Zivilisten einen förmlichen Feuerüberfall auf die Posten der Regierungstruppen. Es entwickelte sich eine heftige Schießerei. Ein Zivilist wurde tot vom Platze getragen. Wie es heißt, sind jedoch mehrere Todesopfer vorgekommen. Schließlich blieben die Regierungstruppen Herr der Lage, doch dauerten die lärmenden Ansammlungen auf der Straße fort.

Ein Landwirte-Ausstand in Hessen.

WB. Darmstadt, 9. April. In der hessischen Volksstammer teilte heute Ministerpräsident Ulrich mit, daß die Landwirte im Kreise Bensheim in den Ausstand getreten seien und daß gestern zu dem angeführten Viehautrieb nicht ein einziges Stück Vieh aufgetrieben worden sei. Die Stimmung, die durch in der Bevölkerung erzeugt worden sei, sei geradezu gefährlich. In Arbeiterkreisen herrsche große Erregung gegen die Landwirte und es seien Gewaltmaßnahmen zu befürchten. Die Folgen könne niemand übersehen. Angeblüh soll sich der Streik gegen den Viehhandelsverband richten.

Roste über die Lage.

= Berlin, 10. April. Einem Mitarbeiter des „Berl. Volksblatts“, gegenüber, der den Reichswirtschaftsminister Roste über die Lage in Berlin und im Reich befragte, äußerte Roste:

„Wir hatten Grund zu der Annahme, daß parteilichere Antriebe nicht in Berlin einsehen. Daher unsere Vorherrschaftsmaßregeln, die glücklicherweise nachher sich als überflüssig erwiesen. Die hiesige Leitung ist auf alle Möglichkeiten vorbereitet. In Magdeburg verläuft alles programmäßig. Die Stadt ist vollkommen unter unserem Besch. In Bayern werden sich, wenn mein Freund Bauer sich nur noch kurze Zeit hält, die Verhältnisse zugunsten der republikanischen Regierung einstellen. Epp, früher Kommandeur des 1. Leibregiments, ist ein hervorragender Offizier. Wenn es anders geht, wird München genau so mit Waffengewalt zur Ordnung zurückgeführt werden müssen, wie das in Bremen, Düsseldorf und anderswo geschehen ist. Ehe unsere Vaterland in den Abgrund gestürzt wird, muß lieber aufs kräftigste zugegriffen werden. Das Blut, wenn es fließen sollte, kommt über die kommunalpolitischen Tölpelkaiser. Anstrenger liegen die Verhältnisse wesentlich günstiger als die Satisfaktionspreise wahr haben will.“

Auf die Frage, wie er sich zu den neuesten Vorschlägen wegen der Einrichtung eines Reichssozialrates stelle, der dem Reichswirtschaftsministerium gleichberechtigt zur Seite gestellt werden solle, antwortete Roste: „Der Rätekongress kann Wünsche äußern, die der Nationalversammlung zur Beschlußfassung zu unterbreiten sind, wenn aber der Reichssozialrat Tatkraft werden sollte, dann gehe ich, ohne einseitige Meinung, ohne Disziplin ist nichts Vernünftiges anstellen.“

Luftwärme in Karlsruhe

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). Am 9. April, mittags 6.26 Uhr 12,8 Grad; am 9. April, 9.26 Uhr 8,1 Grad; am 10. April, morgens 7.26 Uhr, 6,8 Grad. Höchste Temperatur am 9. April 13,6 Grad; niedrigste in darauffolgender Nacht 5,5 Grad. Niederschlagsmenge, gemessen am 10. April, 7.26 Uhr 2,0 mm.

Wasserstand des Rheins.

Schifferinsel, 10. April, morg. 6 Uhr, 3,30 m. (9. April 3,70 m). Kehl, 10. April, morg. 6 Uhr, 4,40 m. (9. April 3,93 m). Mainz, 10. April, morg. 6 Uhr, 6,01 m. (9. April 5,73 m). Mannheim, 10. April, morg. 6 Uhr, 5,34 m. (9. April 5,10 m).

Petermann, du kommst natürlich mit, das laß nur meine sein.“

„Ich danke dir, Hans, du meinst es gut. Aber würdest du das mögen, so als mitgebrachtes Anhängsel? Das ist mir für mich, mein Alter. Das darf dich nicht kränken, du wirst ja auch verstehen. Warum bin ich nur eigentlich als braunes Hundchen hinter dir her nach Leipzig gewandelt, statt mich diesen Tagen mal auf eigene Faust zu amüsieren?“

„Na, das wäre auch ganz etwas neues, wenn du während unserer Fahrt mit einemmal verlassen wollest. Was des. Wie sollt ich denn ohne dich fertig werden? Es ist nicht nur deine Konzertbegleitung, die ich brauche. Morgen Abend reden wir noch miteinander. Heute nachmittag allerdings muß ich dich dir selbst überlassen, du weißt...“

„Frau Eleonore!“ sagte lächelnd der Getreue. „Freude, mein Junge!“

Frau Eleonore wohnte in einer kleinen, feinen Villa Johannaapark. Schon dorthin zu schlendern, ruhevoll, ganz ohne Vorfreude auf ein beglückendes Wiedersehen ausstehend, ein Unweg durch das Stadtimmere, um in einem wunderbaren Blumengeschäft einige zartrosa mädchenhafte Orchideen zu sterben, die er dann wie zerbrechliche Kostbarkeiten vor sich hertrug.

Und nun sah er Frau Eleonore gegenüber, im behaglichen Biedermeierstiel am tierischen Teetisch und zwischen dem mar ein herzliches Plaudern von tausend lieben Kleinigkeiten des Lebens, von allerlei Geschehnissen, die ihnen beiden gegnet, seit sie sich nicht mehr gesehen.

(Fortsetzung folgt.)

Die badische Verfassung.

Karlsruhe, 10. April. Am 21. März 1919 hat die Nationalversammlung dem badischen Volke eine neue Verfassung gegeben, welche bestimmt, daß sie der allgemeinen Volksabstimmung unterliegt.

Diese Volksabstimmung ist notwendig und von der Verfassung selbst beantragt, weil die Verfassung das Grundgesetz des Staates ist, auf dem sich die ganze zukünftige Entwicklung unseres staatlichen Lebens aufbauen wird, und auf dem alle anderen Gesetze beruhen.

Diese Volksabstimmung soll zufolge des Gesetzes vom 28. März 1919 auch darüber Bestimmung treffen, ob die verfassunggebende badische Nationalversammlung als badischer Landtag bis zum 15. Oktober 1921 weiter fortbestehen soll.

Hieraus ergibt sich die grundlegende und weittragende Bedeutung dieser Volksabstimmung, der ersten in deutschen Ländern, welche am Sonntag, den 12. April 1919, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr im ganzen badischen Lande stattfinden.

Für alle stimmberechtigten Badener und Badenerinnen, welche am Abstimmungstag das 20. Lebensjahr vollendet haben werden, ist es eine hohe staatsbürgerliche Pflicht, ihre Stimme für die Verfassung abzugeben. Durch die Verfassung allen geordneten Zuständen in unserem Volksleben begründet und festgehalten werden.

Im Gegensatz zu dem bei den Wahlen üblichen Verfahren werden die Stimmzettel nicht durch die Parteien in den Wohnungen ausgegeben, sondern nur in den Abstimmungsstellen selbst ausgeteilt. Wer die beiden gestellten Fragen bejahen will, hat den Stimmzettel ungetrennt in einem Wahlumschlag abzugeben. Die Perforation der Zettel hat lediglich den Zweck, der Abstimmungskommission die rasche Trennung der Stimmzettel zum Zwecke der Freierklärung des Zählungsgeschäfts zu ermöglichen. Wenn entsprechend einem Antrag der Kommission der Nationalversammlung in § 6 des Gesetzes über die Volksabstimmung ausdrücklich hervorgehoben ist, daß über die Verfassung und die Nationalversammlung getrennt abgestimmt wird, so ist dieser Voraussetzung durch die getrennte Fragestellung auf den durchlöcherigen Abstimmungszetteln entsprochen.

Soll eine der beiden Fragen verneint werden, so genügt hierzu nicht, das „Ja“ durchstreichen zu lassen; eine derartige Maßnahme wäre gleichbedeutend mit einer Nichtabstimmung, da sie die Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge hat. Wer sich gegen die Verfassung oder die Fortdauer der Nationalversammlung als Landtag aussprechen will, hat das „Ja“ durch „Nein“ zu ersetzen. Um das zu ermöglichen, sind im Wahlraum Bleistifte angebracht.

Karlsruhe, 6. April. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei der badischen Nationalversammlung hat an die Parteifreunde im Lande die Bitte gerichtet, bei der am nächsten Sonntag stattfindenden Volksabstimmung mit „Ja“ zu stimmen, also die badische Verfassung und das Fortbestehen der Nationalversammlung als badischer Landtag zu genehmigen. Wer aus irgend einem Grunde sich dazu nicht entschließen kann, möge sich der Abstimmung enthalten.

Badische Chronik.

Stollingen, 9. April. Der Bauernverein hat in „Landsm.“ eine Mißpreisverordnung auf 65 Pf. pro Liter beschossen.

Mannheim, 9. April. Hier wurden zwei Tagelöhnerinnen verhaftet, die in Reizen und Heubach Hühner gestohlen hatten. Bei der einen fand man 10, bei der anderen 6 geschlachtete Hühner vor.

Mannheim, 9. April. Wegen Fälschung von Mannheimer Notgeldscheinen hatten sich der Graveur Joh. Kreuzberger, seine Ehefrau und seine Tochter vor dem Schwurgericht zu verantworten. Kreuzberger hatte Zwanzig-Mark-Scheine des heiligen Notgeldes gefälscht und 554 dieser Scheine waren in Warenhäusern umgehandelt worden, wo die Angeklagten nur ganz billige Artikel einkauften. Das echte Geld, welches sie herausbekommen hatten, wurde angestammt und auf der Sperrasse angelegt, wofür 12 000 Mark beschlagnahmt werden konnten. Kreuzberger erhielt 2 1/2 Jahre Gefängnis, seine Ehefrau 1 Jahr und seine Tochter acht Monate Gefängnis.

Heidelberg, 9. April. Die hiesigen Männergesangsvereine wollen sich zu einem Sängerbunde vereintigen. Der neue Verband würde 800 Sänger umfassen.

Heidelberg, 9. April. In einem Hause an der Bunsenstr. entstand durch eine Reflexexplosion ein Brandschaden von 2000 Mark und Sachschaden von 1800 Mark.

Tauberscheid, 9. April. Im hiesigen Gefangenenlager brach Feuer aus, dem zwei Baracken zum Opfer fielen.

Walden, 9. April. Der Landwirt Vinzenz The verunglückte im Fremersberger Walde beim Holzschleppen. Bei der Unfall geriet der Schlitzenstiel in Schuß, so daß The an einen Baum geschleudert und schwer verletzt wurde.

Emmendingen, 9. April. In der Zigarettenfabrik von Bloch waren bei einem Einbruch 10 000 Zigaretten gestohlen worden. Die Diebe wurden in Freiburg festgenommen und zwar ein Mann und eine Frau. Sie waren revidiert worden, weil man Hamsterworte bei ihnen vermutete.

Aus dem bad. Verland, 10. April. Wie wir vom Kaiserstuhl erfahren, hat der reichliche Schneefall der vergangenen Woche den Apfelfrüchten viel Schaden zugefügt. — Auch zwischen Mühlheim und Bademweiler haben die Schneemassen an den Obstbäumen erheblichen Schaden angerichtet.

St. Blasien, 10. April. Von der Stadt Basel wurde hier eine Eupenulose eingerichtet, in der nächstfrüchte Suppe zu billigen Preis ausgegeben wird. Die wertvolle Hilfe der schweizerischen Grenzstadt zur Linderung unserer Lebensmittelnot erweist hier dankbare Gefühle.

Die Erhöhung der Brotpreise.

Karlsruhe, 10. April. Der Badische Bäckerverband und verschiedene Bäckervereine des Landes waren in der letzten Zeit wiederholt mit dem Eruchen an die Regierung betagelt, eine Brotpreisverordnung anzuordnen. Zur Begründung ihrer Bitte wiesen sie auf die allgemeine Teuerung aller Lebensverhältnisse, die in den letzten Monaten erheblich gestiegenen Kohlen-, (Steinkohlen-, Braunkohle- und Holz-) Preise sowie auf die zur Zeit mit den Bäckereihilfen wegen der Abnahme eines Rohmaterials bei dem Arbeitsministerium schwebenden Verhandlungen hin, von denen heute schon angenommen werden dürfte, daß sie in wenigen Wochen mit einer nicht unbedeutenden Lohnserhöhung der Bäckereihilfen zum Abschluß gelangen würden.

Nach eingehenden Beratungen mit den in Betracht kommenden Interessententeilen und nach Anhörung des parlamentarischen Ernährungsbekrates glaubte die Regierung (Ernährungsministerium) dem Verlangen der Bäckereimeister entgegenkommen zu müssen, um diesem Gewerbe das wirtschaftliche Durchhalten bis zur Wiedererlangung normaler Verhältnisse zu ermöglichen.

Die Kommunalverbände wurden deshalb ermächtigt: 1. bei der Berechnung der Brotpreise den Zusatz von 45 vom 100, der seitler für die Unkosten des Bäckers (einschließlich der Zutaten), für die Entlohnung seiner Arbeit und für seinen Verdienst mit einem Höchstbetrage von 21 Mark für den Doppelgärtner Mißrechnung in Rechnung gestellt werden durfte, die erwähnte Höchstgrenzung in Wegfall kommen zu lassen.

2. für die seit dem 1. September 1918 erfolgte Erhöhung der Kohlen-, (Steinkohlen-, Braunkohle- und Holz-) Preise eine Brotpreis-erhöhung einzutreten zu lassen, die bei einer Steigerung des Kohlenpreises um Hundert Pfennig für den Zentner, einen Pfennig für den 1500 Gramm-Pfund und einen halben Pfennig für den 750 Gramm-Pfund beträgt.

3. für nach dem 1. April 1919 eintretende, vom Arbeitsministerium gebilligte Lohnserhöhungen der Bäckereihilfen weitere Zuschläge nach einer besonders erläuterten Berechnungsweise vorzusehen. Dabei wurde ausdrücklich bemerkt, daß die in Differenz 2 und 3 enthaltenen Ermäßigungen zur Herabsetzung eines höheren Brotpreises selbstverständlich nur für solche Kommunalverbände in Betracht kommen, bei denen die Voraussetzungen zu einer derartigen Maßnahme

vorliegen, bei denen also eine Steigerung des Kohlen-, (Steinkohlen-, Braunkohle- und Holz-) Preises um mehr als 1 Mark für den Zentner seit dem 1. September 1918 eingetreten ist oder bei denen nach dem 1. April 1919 eine Lohnserhöhung für die Bäckereihilfen erfolgt.

Schließlich wurden die Kommunalverbände wiederholt ermahnt, die Brotpreise so niedrig zu halten, als dies ohne Beeinträchtigung der berechtigten Ansprüche der Bäcker möglich sei. Es wurde insbesondere als begründbar bezeichnet, wenn die Kommunalverbände aus etwaigen Ersparnissen oder durch die Gewährung von Zuschüssen eine Entlastung zugunsten der Verbraucher eintreten lassen könnten.

Nachdem das Ministerium des Innern, an das diese Angelegenheit seit der Neubildung der Ministerien übergegangen ist, davon Kenntnis erhalten hat, daß die bei dem Arbeitsministerium zwischen den Bäckereihilfern und ihren Gehilfen wegen Lohnserhöhung schwebenden Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind, daß im Gegenteil neuerdings erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Parteien eingetreten sind, deren Schlichtung bis jetzt noch nicht gelungen ist, hat das genannte Ministerium die Kommunalverbände erneut darauf aufmerksam gemacht, daß eine Erhöhung der Brotpreise wegen eingetretener Lohnserhöhungen erst dann erfolgen darf, wenn die vereinbarten Lohnserhöhungen die Billigung des Arbeitsministeriums gefunden haben. Nach einer mit dem Arbeitsministerium getroffenen Vereinbarung wird dieses in die in Betracht kommenden Kommunalverbände jeweils von der Erteilung einer derartigen Genehmigung verständigt.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 10. April.

Werbungen im besetzten Gebiet. Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums ist dort bekannt geworden, daß noch immer Werbungen deutscher Truppen in dem von der Entente besetzten Gebiet fortgesetzt werden. Die genannte Behörde weist daher wiederholt darauf hin, daß derartige Werbungen grundsätzlich nicht statthaft sind und von dem Gegner als feindselige Handlung aufgefaßt werden.

Freigabe des Wildparks für den allgemeinen Verkehr. Das Finanzministerium hat auf ein Gesuch des Bürgervereins der Stadt Karlsruhe den Besuch des Wildparks für den allgemeinen Verkehr freigegeben.

Einer von Wohnungen für verheiratete Beamte. Beamten mit Familie ist es bei der heutigen Wohnungsnot bei einer Verlegung oft kaum möglich, in dem neuen Standort eine passende Wohnung zu finden. Besonders übel ist es wenn eine geeignete und preiswerte Beamtenwohnung lediglich deshalb in andere Hände übergeht, weil der Stellennachfolger von der Mietmöglichkeit nicht früh genug Kenntnis erhält, um die Wohnung für sich zu sichern. Um dies zu verhindern hat der preussische Finanzminister besondere Anordnungen getroffen. Vor allem muß von den Beamten, deren Verlegung bevorsteht, erwartet werden, daß sie seinen Mietvertrag nicht früher, als nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch nötig ist, kündigen und möglichst seinem Amtsnachfolger oder der Verwaltung Gelegenheit bieten, in den Mietvertrag einzutreten. In dringenden Fällen können Wohnungen von Zollbeamten, die durch Verlegung frei werden, aber auch andere geeignete Wohnungen für zuziehende Beamte zunächst für staatl. Rechnung gemietet werden, wenn dies zu einem gemessenen Preise möglich ist und nicht eine Bindung auf unvorhersehbar lange Zeit verlangt wird.

Verein deutscher Ingenieure. Der Karlsruher Bezirksverein beschloß am 5. ds. Ms. die am hiesigen Rheinbafan errichtete Lagerhalle mit Transportanlagen des Rheinischen Braunkohlen-Brikett-Syndikats, G. m. b. H., Köln, eine für die Brennstoffversorgung der Stadt Karlsruhe und des Hinterlandes wichtige Einrichtung. Den Erläuterungen des Vertreters des Syndikats, des Herrn Seidel, war zu entnehmen, daß die sehr geräumig und luftig in Eisenkonstruktion erbaute Halle bei einer Länge von 200 Metern und einer Breite von 50 Metern Raum bietet zur Lagerung von 5000 bis 6000 Eisenbahnwagenladungen gleich 50 000 bis 60 000 Tonnen gleich 1 bis 1,2 Millionen Zentner Braunkohlenbriketts. Die in Schlepplännen hier eintreffenden Briketts werden auf mechanischem Wege aus den Känen entladen, in die Halle transportiert, und dort in sachgemäßer, eiserner Einlage und Transportvorrichtungen binnen je 2 innerhalb der Halle und auf dem Uferlande vor derselben verladbar und zusammenpackbare Frankbrücken, auf denen 2 mit je einem Greifer ausgerüstete Dreifüßler von Schiffe durch die geöffneten Tore in das Halleninnere und zurück laufen. Mit diesen Vorrichtungen werden auch die Briketts aus der Halle wieder in Eisenbahnwagen zum Weitertransport verladen. Die aufseherische Brikettmenge ist in normalen Zeiten ausreichend, um bei Störungen in der Zufuhr die Versorgung für einige Zeit sicherzustellen.

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Südstadt der Deutschen Demokratischen Partei fand am Montagabend in der Restauration „Prinz Heinrich“ statt. In den Vorstand und Ausschüsse wurden gewählt: Abt., Abt., Meßgermeister; Almer, Rud., Rechner; Arndt, Kurt, stud. med.; Böhmer, Jakob, O-Revisor; Böger, Jul., Kaufmann; Bender, Ad., Geschäftsführer; Billing, Emil, Schuldiener; Dr. Meider, Hermann, O.-L.-G.-Rat; Köhler, Franz, Vertretener Dampf, Jgn., Schneider; Gehmann, Oskar, Fabrikant; Gehalt, Christ., Blechmeister; Ernst, Friedrich, Stadt.; Guffaller, Franz, Georg, Bismarck; Geiger, Eugen, Fabrikant; Buchberger, Ad., O-Revisor; Hammer, Gust., jun., Kaufmann; Herz, Friedrich, Kaufmann; Herz, Otto, Kaufmann; Hüllerbach, Otto, Kaufmann; Gull, Mathias, Schuhmann; Jäger, Karl, Metz.; Klotz, Benj., Kottschaffner; Klingensief, Wilhelm, Malermeister; Kratt, Karl, O.-Mediz.; Nat.; Dr. Rangan, Th., Bibliothekar; Ranz, Otto, Hauptlehrer; Lohr, Hermann, Bibliothekar; Ranz, Karl, Malermeister; Reher, Wilh., Architekt, Reumaler, Aug., Konditor; Neuter, Albert, Banbauingenieur; Almer, Max, Professor; Salzer, Ernst, Dipl.-Ingenieur und Architekt; Sohn, Adolf, Schriftführer; Sührer, Alisan, Eisenbahn-Sekretär; Sütterlin, Georg, Friedrich, Rechn.-Rat, Steinbach, Christian, Kaufmann; Trier, Karl, Architekt; Frau Oberlehrer E. Engel, Frau Anna Engelhardt, Frä. Dr. Julie Edentz, Frä. Elisabeth Fuchs, Hauptlehrerin, Frau Geh. Hofrat Rebmann, Frä. Pauline Conrad, Eisenbahngeh., Frau Elise Geiger, Frau Luigard Himmelheber, Frau Dr. Richard Mittel, Frau Anna Scherer. Herr Stadtrat W. Frey hielt einen interessanten Vortrag über Gemeindefortschritt, an den sich eine reger Aussprache knüpfte. Gegen 11 Uhr schloß der Vorsitzende mit dem Ausdruck des Dankes an den Vortragenden und an die Damen und Herren, die sich bei der Aussprache beteiligten, die Versammlung.

Musikalische Aufführung. Unter Leitung des Direktors Theodor Mung findet am Palmsonntag abends 8 Uhr im Eintrachtsaal eine Aufführung von Schumanns „Der Rose Pilgerfahrt“ für Solostimmen, Chor und Orchester statt. Außerdem enthält das Programm 2 Lieder für Bariton und Orchester und ein Chorwerk, Mirjams Siegesgesang, von Franz Schubert. Als Solisten wirken mit: Hildegard Großkopf, Frieda Goldschmidt, Hofopernsänger Franz Scherdt, Otto Wehbecker, Theoline Pracht und Elisabeth Kirsch. Chor und Orchester stellt das Mungische Konservatorium.

Nachtritt des Geh. Hofrats Rebmann.

Karlsruhe, 10. April. Der Staatsanwält gibt bekannt, daß der Direktor der Goetheschule, Geheimrat Hofrat Edmund Rebmann, auf kein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treu-gelassenen Dienste und unter Ernennung zum Geheimen Rat 3. Klasse auf Schluß des laufenden Schuljahres in den Ruhestand versetzt wurde.

Das Ausscheiden des Geh. Hofrats Rebmann aus dem Staatsdienst wird in Schulkreisen und weit über diese hinaus lebhaftes Bedauern finden. Seine Tätigkeit war außerordentlich reich und mühevoll und erschröpfte sich nicht im Begehen ausgetretener Wege, sondern sie fand auch neue Richtlinien und Anregungen, die für das badische Schulwesen fruchtbringend wurden. Groß ist die Zahl der Schüler, die unter seiner Führung den Weg zum tätigen Leben fanden, ungeheuer groß ist auch die Zahl seiner sonstigen Bekannten und Freunde und sie alle werden sich bei Gelegenheit seines heutigen Rücktrittes aufs neue seiner in Dankbarkeit und Anhänglichkeit erinnern.

Wie Geh. Hofrat Rebmann unermüdet pflichttreu war in seinem Berufe, so war er auch der Partei, der er sich politisch an-

schloß, und deren Führer er durch lange Jahre hindurch wurde, eines der festesten und arbeitsfrohesten Stützen. Im Jahre 1906 als Vertreter des 20. Wahlkreises Freiburg III in die Zweite Kammer gewählt, wurde er im Jahre 1908 Chef der nationalliberalen Landtagsfraktion, welches dornenvolle politische Amt er über 10 Jahre innehatte. Seine führende Anteilnahme an dem Zustandekommen des Großbundes im Jahre 1905 ist wohl in aller Erinnerung, ebenso sein dauerndes wüchtiges Eintreten für alle Interessen seiner Partei und seines Standes. Was Abg. Rebmann der Partei und in und durch sie dem engeren und weiteren Vaterlande in all den Jahren seines politischen Wirkens gewesen ist, das lebt in den dankerfüllten Herzen seiner Parteifreunde weiter fort, wenn die politischen Verhältnisse heute auch eine Wendung bedingten, die von seinen ursprünglichen Plänen abweicht.

Auch als Mitglied der Vertretung der Karlsruher Bürgerschaft in der Stadtverwaltung hat Geh. Hofrat Rebmann sich wesentliche Verdienste erworben. Sein wertvollster Rat und seine fruchtbar Mitarbeit in einer Reihe von Kommissionen hat der Stadt auf den mannigfaltigen Gebieten, insbesondere natürlich auf dem der Schule, dauernden Nutzen gebracht.

Leber den Lebensgang des nunmehr in den Ruhestand tretenden Schulmannes und Politikers seien kurz noch einige Daten angeführt: Edmund Rebmann, geb. 1853 in Donaueschingen als Sohn des Hauptlehrers Rebmann, besuchte zunächst das Progymnasium seiner Vaterstadt und später das Gymnasium in Karlsruhe. Nach Erlangung des Reifezeugnisses widmete er sich in den Jahren 1872 bis 1877 dem Studium der Mathematik und Naturwissenschaften und legte im Jahre 1877 die Staatsprüfung für das höhere Lehramt ab. Schon drei Jahre nachher fand er am Gymnasium in Karlsruhe als Professor seine erste Anstellung. Im Jahre 1882 wurde er zum Direktor der Oberrealschule ernannt und zehn Jahre später als Kollegialmitglied in den Oberschulrat einberufen. Im Jahre 1908 wurde er auch zum ordentlichen Mitglied des Landesgewerbeamts und nach seiner Errichtung im Jahre 1911 zum Mitglied des Landeschulrats ernannt. Aus dem Landeschulrat trat er aber im Jahre 1911 aus, um in voller Unabhängigkeit seine parlamentarische Tätigkeit fortsetzen zu können, und übernahm die Leitung der Humboldtschule. Nach dem Ableben des Geh. Hofrats Treutlein wurde er im Jahre 1912 an die Goetheschule versetzt, als deren Direktor er jetzt in den Ruhestand tritt.

Karlsruher Schwurgericht.

Karlsruhe, 9. April. In der Nachmittags Sitzung des Schwurgerichts kam als vierter Fall der Tagung die Anklage gegen den Schreiner Emil Merklinger aus Muggensturm wegen Mordversuchs und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zur Verhandlung.

Die Anklage legte dem Merklinger zur Last, daß er den Entschluß vorfällig und mit Ueberlegung einen Menschen zu töten durch Handlungen, die einen Anfang der Ausführung dieses beabsichtigten, aber nicht zur Vollenbung gekommenen Verbrechens des Mordes enthielt, betätigt und damit zugleich vorfällig durch Anwendung von Sprengstoff Gefahr für das Eigentum, die Gesundheit und das Leben eines andern herbeigeführt hat, indem er am 16. Juli 1918, abends, etwa um 11 Uhr, in Rastatt in das im Hause Watzstraße 3 gelegene Zimmer seines Vaters Lukas Merklinger eine Eierhandgranate warf, um seinen Vater, von dem er annahm, daß er sich in seinem Zimmer befände, zu töten und dadurch im Zimmer erheblichen Schaden verursachte.

Zu dieser Beschuldigung äußerte sich der Angeklagte: Ich bin am 2. August 1891 geboren, habe die Schreinerlehre erlernt, war im Jahre 1907 bei Verdun verhaftet worden. Ich habe 7 Geschwister und bin der zweitälteste, der älteste befindet sich in feindlicher Gefangenschaft. Zwischen meinem Vater und meiner Mutter und zwischen dem Vater und seinen Kindern besteht kein gutes Einvernehmen. Am 15. Juli, am Tage vor der unter Anklage stehenden Tat, war wieder ein Streit in der Familie. Mein Vater war in Muggensturm, hatte Haken verkauft und dann Schnaps für den Erlös erstanden. Von dem Schnaps hatte er selbst bereits eine Flasche gerumelt. Wegen der Streitigkeiten ging der junge Merklinger nicht in das Haus und blieb die Nacht hindurch auf dem Hofe. Mit der Mutter und zwei Schwestern hatte der Vater gleichfalls Streitigkeiten, im folgenden gingen die Frau und die beiden Kinder aus dem Hause, so daß der Vater allein war. Am nächsten Morgen ging die Mutter in ihr Geschäft. Ich blieb zu Hause, weil ich krank gemeldet war und ging auch spazieren. Nachmittags ging ich mit meinem Bruder in den „Saimen“, wir aßen dort und tranken vieles, zuerst Bier, dann Wein. Gegen Abend kam auch mein Vater in die Wirtschaft, es kam dann zu einem Streit zwischen meinem Vater und meinem Bruder, weshalb weiß ich nicht mehr.

Der Vorsitzende fragte den Angeklagten, ob er nicht eine Handgranate bei sich gehabt habe. Der Befragte gab dies zu und erklärte, er hätte sie im Brustbeutel mitgetragen aus demselben. Dann habe er das Geschloß im Keller aufbewahrt und daselbst später von dort wieder geholt.

Auf Befragen des Verhandlungsleiters räumte Merklinger ein, dem Vater mit der Eierhandgranate gedroht zu haben. Später seien sie noch in den „Deutschen Hof“ gegangen. Als Merklinger später nach Hause ging, begegnete ihm der Vater, der ihm sagte, er solle nicht nach Hause gehen, denn sein Vater erwarte ihn mit einem Floß. Merklinger ging trotzdem nach Hause. Dort warf er die Handgranate in das Wohnzimmer, damit sie explodiere, anschließend, um den Vater zu erschrecken.

Der Richter erinnerte den Angeklagten daran, daß er früher gesagt habe, er habe die Absicht gehabt, den Vater zu töten. Merklinger erwiderte, er habe damals keine Angaben im Zustande der Aufregung gemacht. Er habe das Geschloß geworfen, nachdem er den Vater im Hofe hüften gehört und dadurch festgestellt habe, daß der Vater nicht in dem Zimmer war. Er habe den Vater nur erschrecken wollen, damit er sich bessere.

In der Beweisvernehmung wurde u. a. festgestellt, daß er durch die Explosion der Handgranate entstandene Schäden unbedeutend gewesen sei. Der Vorsitzende teilte mit, daß der ältere Bruder Merklingers im Jahre 1914 ebenfalls einen Schuß gegen seinen Vater abgegeben habe. Die Anklage sei aber infolge des Krieges niedergelassen worden.

Der Ankläger, Staatsanwalt Dr. Huber, beantragte die Verurteilung der Frage nach Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinsheimer plädierte für eine mildere Auffassung der Angelegenheit und beantragte nur die Schulfrage nach Bedrohung zu bejahen.

Die Geschworenen bejahten die Frage nach Bedrohung. Aufgrund des Amnestiegesetzes wurde das Verfahren eingestellt.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 6. April: Blühvine Michel, alt 88 Jahre. Witwe von Jakob Michel, Taal. — 7. April: Marie Geisler, alt 76 Jahre. Witwe von Friedrich Geisler, Schöffer. — 8. April: Christine Götting, alt 68 Jahre. Witwe von Jakob Götting, Schumacher; Jakob Hofmann, Schm., Frobeniusbau, a. D., alt 78 Jahre; Friedolin Wösch, Schm., Oberrealschule, a. D., alt 67 Jahre; Johann Kunz, Schm., Schloßmstr., alt 60 J. — 9. April: 12 Uhr: Jakob Böhning, Witwatter, Schlichter, 34. — 10. April: 12 Uhr: Jakob Böhning, Witwatter, Schlichter, 34. — 11. April: 12 Uhr: Friedolin Wösch, Oberrealschule, Schlichter, 138. — 12. April: 12 Uhr: Christine Götting, Schumacher, Witwe, Reismstr. 36. — 13. April: Maria Geisler, Stadtmstr., Witwe, Marientstr. 8. — 14. April: Tod. Kunz, Schloßmstr., Altentstr. 61.

Dr. Langenbachs Sanatorium Neckargemünd b. Heidelberg für Nerven-, innere Kranke u. Erholungsbedürftige Prospekte frei.

